

Lokal-Arena

Nur politischer und persönlicher Wille können die Stromlücke stopfen

Die neuste Lokal-Arena wartete mit kompetenten Gästen auf, um die prognostizierte «Stromlücke 2020» zu diskutieren.

Von Reto Wehrli

Der Atomenergie bläst seit 1986 ein steifer Wind der Ablehnung ins Gesicht. Doch die bestehenden Kernkraftwerke haben einen viel mächtigeren Gegner als die bröckelnde politische Akzeptanz: Ihre unaufhaltsam zu Ende gehende technische Lebensdauer wird in 11 Jahren ihre Stilllegung erzwingen – ab 2018 werden Mühleberg und die beiden Reaktorblöcke von Beznau stufenweise erkalten. Mit dem Wegfall jenes 30-Prozent-Anteils an der nationalen Stromproduktion, der heutzutage noch von diesen Werken kernspalterisch erzeugt wird, prophezeien uns die Energieanbieter eine «Stromlücke», die nur durch den Bau neuer AKW gedeckt werden könne. Inwieweit diese Einschätzung der Lage zutrifft und welche Alternativen es gibt, wurde am Mittwoch, 25. April in der jüngsten Ausgabe der Lokal-Arena des FDP-Kommunikationsteams diskutiert. Die Gesprächsleitung hatte wie stets Landrätin Romy Anderegg inne.

Die vier Säulen des Bundes und ihre Tücken

Stromversorgung – zumal die Betriebsbewilligung für AKW – ist natürlich eine Angelegenheit von nationaler Tragweite. Pascal Previdoli als Vertreter des Bundesamts für Energie nannte die vier Säulen der bundesrätlichen Energiepolitik: 1. Energieeffizienz, 2. erneuerbare Energien (das neue Stromversorgungsgesetz möchte deren Anteil auf 10% der nationalen Produktion steigern), 3. Grosskraftwerke, 4. internationale Energiepolitik (Importe). Wie sich umgehend zeigte, hängt an jeder dieser Säulen auch ein Widerhaken:

- Im Bereich der Energieeffizienz ist die Industrie nach Einschätzung von Urs Steiner (Mitglied der EBL-Geschäftsleitung) bereits weit fortgeschritten – nicht aber die Privathaushalte. Ihnen ist die permanente Steigerung des Stromverbrauchs (1–2% jedes Jahr) zuzuschreiben. Architekt Peter Issler ging noch weiter ins Detail: Ein



Vielfältige Interessen. Unter der Leitung von Romy Anderegg (4. v. r.) diskutierten (von rechts nach links) Eric Nussbaumer (pro Solarenergie), Pascal Previdoli (Bundesamt für Energie), Markus Häring (pro Geothermie), Roland Schmidiger (pro Gaskombikraftwerk), Urs Steiner (EBL), Peter Issler (kontra Gaskombikraftwerk) und François Sandoz (Vertreter der «energieintensiven Industrie»).

Viertel des Stroms, den etwa die EBM produziere, werde allein für die elektrische Erzeugung von Warmwasser verheizt. Würden flächendeckend Wärmepumpen installiert, liesse sich damit ein ganzes AKW einsparen.

- Die Förderung der erneuerbaren Energien ist politisch nach wie vor ein mühseliges Geschäft. SP-Landrat Eric Nussbaumer (selbst an einer Ökostrom-Energiegenossenschaft beteiligt) kritisierte, dass die Bundespolitik entsprechenden Projekten immer noch künstliche Grenzen setze, um die im Parlament gut abgestützten Atomstrom-Interessen der Grossanbieter (axpo) zu wahren.

- Sich auf Stromimporte aus dem Ausland zu verlassen, könne ein riskantes Unterfangen sein, warnte Pascal Previdoli. Einerseits befinde sich ganz Europa in einer ähnlichen Lage wie die Schweiz, was das Auslaufen von AKW betreffe – und andererseits sind die Preise ausländischen Stroms sehr instabil, da sie erstiegt werden müssen.

Hoffen auf die Geothermie

Zentrales Thema des Abends war die dritte Säule: Grosskraftwerke jeglicher Art. Als sauberste Lösung böte sich die Geothermie an. Wie Markus O. Häring, der Leiter des Basler Projekts, erklärte, ist das Potenzial der Wärmegewinnung aus dem Erdinneren so gigantisch, dass man es sich gar nicht leisten könne, darauf zu verzichten. Peter Issler wusste die Zahl dazu: Bis 2050

könnte ein Drittel des Energieverbrauchs – also nahezu die Leistung aller heute produzierenden Atomkraftwerke – geothermisch gedeckt werden. Nun hat sich jedoch Basel aufgrund seiner seismisch heiklen Lage als ungünstiger Standort dafür erwiesen. Häring: «Diese seismischen Erschütterungen waren absehbar, wurden aber im Voraus zu wenig klar kommuniziert.»

Bedenken gegen Gasverbrennung

Unvermeidlicherweise musste sich die Diskussion auch des Projekts für ein Gaskombikraftwerk in der Schweizerhalle annehmen, das ein von Peter Issler mit unterzeichneter Antrag auf Änderung des Muttenzer Zonenreglements verhindern möchte. Roland Schmidiger (Mitglied der Geschäftsleitung von NOK Baden, die das Kraftwerk planen) gab Auskunft über das Vorhaben und dessen Technologie. Ein Gaskombikraftwerk verbrennt Gas, um Dampf zu erzeugen und damit eine Turbine anzutreiben, die mit einem bemerkenswert hohen Wirkungsgrad (58%, bei einem AKW sind es 37%) Strom produziert. Die unschöne Seite daran besteht in der Freisetzung des Treibhausgases CO₂ – das zu erwartende Volumen bewegt sich zwischen 400'000 und 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr. Zum Vergleich: Der Automobilverkehr in der Schweiz erzeugt im selben Zeitraum 14 Millionen Tonnen CO₂. Peter Issler geisselte diese Technologie als kli-

mapolitisch unverantwortlich und bekräftigte die Forderung der FDP Schweiz, auf Anlagen mit fossilen Brennstoffen zu verzichten. Pascal Previdoli «orakelte» aber, dass die nationale Stromversorgung wohl nicht völlig ohne Gaskombikraftwerke auskommen werde – schon weil diese verfahrenstechnisch 10 Jahre schneller ans Netz zu bringen seien als ein neues AKW.

Entscheidend ist das Verhalten jedes Einzelnen

Als Tenor der Debatte kristallisierte sich letztlich heraus: Wie gross die «Stromlücke» tatsächlich wird, darüber entscheidet einzig der Verbrauch. Der permanente Anstieg ist keineswegs zwingend, sondern steht in der Macht jedes Einzelnen. Die sauberste Energie sei diejenige, die man gar nicht erst verbrauche, war mehrfach zu hören. Um stärkere Anreize zu mehr Sparsamkeit zu schaffen, forderte Peter Issler Kostenwahrheit auch beim Strom – der heute billiger geliefert werde als vor 30 Jahren.

Doch wie gross ist die Bereitschaft zum energiepolitischen Umdenken? Ein Zuhörer brachte es auf den Punkt: «Eigentlich müssten jetzt Investitionen in Projekte von der Grössenordnung einer NEAT getätigt werden. Wir haben beim Verkehr nicht gezögert, 15 Milliarden Franken zu investieren, um die Fahrt von Basel nach Lugano um eine Stunde zu verkürzen. Im Energiesektor fehlen solche Projekte aber völlig!»